



Antwort des Staatsrates auf eine parlamentarische Anfrage

Auftrag Nicolas Kolly / Roland Mesot / Yvan Hunziker /
André Schoenenweid / Patrice Morand / Jean-Pierre Doutaz /
Gabriel Kolly / Alfons Piller / Emanuel Waeber / Stéphane Peiry

2014-GC-58

Imamausbildung an der Universität Freiburg

I. Zusammenfassung des Mandats

In einem Mandat, das am 26. Februar 2014 eingereicht und begründet worden ist, bitten die zehn unterzeichnenden Grossräte den Staatsrat, bei der Universität zu intervenieren, damit diese auf die geplante Errichtung des „Schweizer Zentrums Islam und Gesellschaft“ verzichtet [das Mandat spricht von einem „Nationalen Schweizer Zentrum für Imamausbildung“; dieser Titel war nie im Gespräch und ist geeignet, Missverständnisse hervorzurufen]. Der Antrag stützt sich auf folgende Argumente:

1. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten des Kantons, die zu einschneidenden Sparmassnahmen geführt haben, erscheinen neue Investitionen als unzulässig.
2. Die Eröffnung eines, der Ankündigung nach, vorrangig auf Weiterbildung ausgerichteten Zentrums könnte einen ersten Schritt zu einer vollständigen Ausbildung im Islam als Religion (Koranschule) darstellen.
3. Durch die Integration des Zentrums würde die Theologische Fakultät in ihrem katholischen Charakter und folglich in ihrem internationalen Renommee geschwächt.
4. Das Institut für Religionsrecht der Juristischen Fakultät bietet bereits hinreichende Möglichkeiten zur Weiterbildung für interessierte Muslime.

II. Antwort des Staatsrates

Das Zentrum, das die Universität Freiburg mit Unterstützung des Bundes unter dem Namen „Schweizer Zentrum Islam und Gesellschaft“ zu errichten plant, ist als interdisziplinäres Zentrum konzipiert, das durch die Theologische Fakultät koordiniert wird und ihr folglich angegliedert ist, und zwar aufgrund der spezifischen Kompetenzen dieser Fakultät. Das Ziel des Zentrums besteht darin, einen akademischen Rahmen für den Dialog mit dem Islam zu bieten und dabei eine wissenschaftliche Reflexion über den Islam mit einer muslimischen wissenschaftlichen Reflexion im Dialog mit den Wissenschaften zu verbinden. Mit den Ausbildungsmodulen werden die Bezugspersonen für muslimische Gemeinschaften darauf vorbereitet, ihre Tätigkeit mit Sachkenntnis auszuüben und dabei die Kultur und Regeln unseres Landes zu respektieren. In dieser Perspektive wird das Zentrum zur friedlichen Integration der muslimischen Gemeinschaften in die Schweizerische Gesellschaft beitragen und helfen, eine soziale Isolation zu vermeiden, wie sie in gewissen angrenzenden Ländern zu beobachten ist. Eine solche Isolation stellt in der Tat eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratien und ihren sozialen Zusammenhalt dar.

Das Projekt des Zentrums Islam und Gesellschaft zielt also nicht auf eine „Imamausbildung“ im Sinne der Ausbildung im Koran, wie sie für die Ausübung der Funktion der Imame unverzichtbar ist. Das Zentrum wird vielmehr Kenntnisse vermitteln, die notwendig sind, damit Imame und andere Bezugspersonen für muslimische Gemeinschaften sich besser in ihre Schweizer Umgebung integrieren können (Kenntnis des Christentums, des Rechts und der Geschichte der Schweiz, pädagogische Kompetenzen usw.). Das Zentrum wird weiterhin die Vermittlung von Kenntnissen über den Islam für Personen aus der Schweiz anbieten, die aus beruflichen Gründen mit Muslimen in Kontakt stehen (Sozialdienste; Krankenhauseelsorge; Lehrkräfte; Sozialarbeit; Polizei; diplomatischer Dienst usw.). Es wird schliesslich dazu beitragen, einen wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden (Muslime und Nicht-Muslime), der in Lehre und Forschung ein authentisches Bild des Islam auf akademischem Niveau vermitteln kann.

Hinsichtlich der vier Argumente, die von den Verfassern des Mandats vorgebracht werden, möchte der Staatsrat folgende Erklärungen abgeben:

1. Selbst im Falle einer prekären finanziellen Lage, die ein strenges Sparprogramm notwendig macht, kann eine Institution wie die Universität, die in einem lebendigen Dialog mit ihrem gesellschaftlichen Kontext zu stehen hat, nicht darauf verzichten, Entwicklungsmöglichkeiten zu ergreifen und neue Herausforderungen anzunehmen. Die Errichtung des Zentrums Islam und Gesellschaft geht nicht aus einer eigenen Initiative der Universität oder des Kantons hervor, sondern stellt die Antwort des Kantons und seiner Universität auf eine Entwicklung dar, die ihren Ausgangspunkt in einem Zusammenspiel zwischen Forschung und Politik auf nationaler Ebene hat. Es geht um ein Postulat, das dem Bundesparlament vorgelegt wurde, sowie um das Nationale Forschungsprogramme (NFP) 58: „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“, zu dem das Modul „Muslime in der Schweiz“ gehört. Das Projekt des Zentrums wurde als Antwort auf dieses nationale Anliegen ausgearbeitet. Wie bereits in der Antwort auf die Anfrage der Grössrate Kolly und Mesot (2013-CE-163) festgestellt, meint der Staatsrat: „Mit der Schaffung dieses schweizweit einzigartigen Ausbildungszentrums würde die Theologische Fakultät eine wichtige Aufgabe für die ganze Schweiz übernehmen und einen bedeutenden Beitrag zur Integration der muslimischen Religionsgemeinschaft leisten. Zudem trägt die Universität Freiburg mit dieser Initiative auch zur Realisierung der Herausforderung 4 des Regierungsprogramms 2012–2016 bei, welche die Festigung des sozialen Zusammenhalts anstrebt“.

Die finanzielle Investition der Universität für die Errichtung des Schweizer Zentrums Islam und Gesellschaft hat den Charakter von „Matching Funds“, d.h. es handelt sich nicht nur um eine Ausgabe, sondern diese wird auch zusätzliche Einkünfte in Form von Bundesmitteln möglich machen. Darüber hinaus werden die Ausbildungsmodule, die das Zentrum erarbeiten wird, die bestehenden Studienprogramme bereichern (z.B. Bachelor und Master in Religionsstudien) und deren Attraktivität erhöhen. Dieses Angebot kann auch zusätzlich zu den anderen bestehenden Studienprogrammen, z.B. in der philosophischen Fakultät, gewählt werden; es wird mehr Studierende nach Freiburg ziehen, die neue Einkünfte in Form von Einschreibegebühren und interkantonalen Beiträgen generieren.

Die Mittel, welche die Universität für das Zentrum für die Jahre 2017 bis 2020 zur Verfügung stellen wird, belaufen sich auf CHF 250 000 pro Jahr, wobei in den Jahren 2015 und 2016 diese Mittel schrittweise eingeführt werden. Ein Bundesbeitrag in gleicher Höhe käme hinzu. Das Zentrum kann weitgehend auf bereits vorhandene Kompetenzen innerhalb der Universität

Freiburg zurückgreifen. Dadurch werden die Finanzmittel, über welche die Universität verfügt, in optimaler Weise für eine Aufgabe von großem gesellschaftlichem Interesse eingesetzt.

2. Die Befürchtungen, die Eröffnung des Schweizer Zentrums Islam und Gesellschaft könne an der Universität Freiburg zur Errichtung einer vollständigen Ausbildung im Koran führen, die das Studium des Islam als Religion vorsieht, sind auszuschließen.

Nach den Angaben des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2012 bekennen sich 70,8 % der Schweizer Bevölkerung zu einer der christlichen Konfessionen. Der Anteil der Muslime an der Bevölkerung beträgt hingegen 4,9 %. Diese Proportionen zeigen klar, dass die Errichtung einer „Islamischen Fakultät“ nicht auf der Tagesordnung ist, denn es wäre nicht möglich, die „kritische Masse“ an Studierenden zu erreichen, die eine solche Struktur rechtfertigen würde. Mit der Aufnahme des Zentrums Islam und Gesellschaft macht die Universität Freiburg ihre Bereitschaft deutlich, auf einen Bedarf zu antworten, den die muslimische Minderheit in der Schweiz wie auch diejenigen Instanzen formuliert haben, die mit Fragen der Integration von Einwanderern in der Schweiz befasst sind. Diese Bereitschaft der Universität Freiburg ist jedoch in keiner Weise auf die Schaffung einer neuen Fakultät oder einer Koranschule hingeeordnet. Es wird vor allem um Angebote zur Weiterbildung gehen wie auch um Module, welche die bestehenden Studienprogramme bereichern. Muslimische und nicht-muslimische Studierende werden an ihnen teilnehmen können. Als Schweizer Zentrum wird das Zentrum Islam und Gesellschaft sich darum bemühen, die bereits bestehenden Kompetenzen anderer Hochschulen in diesem Bereich sowie Initiativen mit Bezug zur Integration der muslimischen Bevölkerung zusammenzuführen.

Das Zentrum versteht sich als ein Ort des Dialogs. Das bedeutet, dass die muslimischen Dozierenden durch einen katholischen Theologen begleitet sein werden, der die Leitung des Zentrums übernimmt und Professor der Theologischen Fakultät sein wird. Die Zielsetzung besteht darin, einen Ort des Austauschs zu schaffen, an dem die eingeladenen muslimischen Wissenschaftler/innen Seite an Seite mit Professoren der Theologie und anderer Fakultäten sich mit Schlüsselfragen für das Zusammenleben von Personen verschiedenen Bekenntnisses in unserer westlichen demokratischen Gesellschaft befassen. Die Forschungstätigkeit, auf der die Arbeit des Zentrums beruht, garantiert ebenfalls, dass die Vermittlung von Lehrinhalten über den Islam auf der Grundlage einer kritischen Reflexion erfolgen wird. Schliesslich bürgt die Integration des Zentrums in wissenschaftliche Strukturen für die Einhaltung akademischer Regeln und Qualitätsstandards.

3. Die Theologische Fakultät begrüßt die Gründung des Schweizer Zentrums Islam und Gesellschaft und hat sich bereit erklärt, an seiner Organisation mitzuarbeiten. Der Fakultätsrat hat in seiner Sitzung am 8. April 2014 eine Bereitschaftserklärung zuhanden des Staatsrates verabschiedet, die in die Aussage mündet: „Als Theologische Fakultät der Universität Freiburg begrüßen wir die Gründung des Schweizer Zentrums Islam und Gesellschaft an unserer Universität und sagen unsere Mitwirkung an der Gestaltung wie auch an der langfristigen Arbeit des Zentrums zu.“ Die Fakultät verfügt in Art. 1 §3 ihrer Statuten über eine rechtliche Grundlage für ihr Engagement: „Der Fakultät kommt namentlich die Aufgabe zu, in Lehre und Forschung zwischen den verschiedenen kulturellen und religiösen Anschauungen zu vermitteln.“ Gemäss der Bereitschaftserklärung betrachtet die Fakultät „den Dialog mit dem Islam auf wissenschaftlicher Ebene als eine zeitgemäße Entwicklung ihres Auftrags und ist

überzeugt, dafür im Rahmen der Universität Freiburg zahlreiche Kompetenzen bieten zu können.“

Die zweisprachige Universität Fribourg, die auch enge Beziehungen zum italienischen und romanischen Sprachraum unterhält, ist besonders gut geeignet, einen Ansatz zu entwickeln, der die Realität des gesamten Landes im Blick behält. Die Freiburger Theologische Fakultät kann die notwendigen Kompetenzen für ein solches Projekt zur Verfügung stellen bzw. in ihre Entwicklungsperspektiven integrieren. Als grösste theologische Fakultät der Schweiz verfügt sie in der Tat über eine internationale und interdisziplinäre Ausrichtung, über Erfahrungen im interchristlichen und im interreligiösen Dialog und über einen starken Forschungsakzent, der von einer internationalen Vernetzung profitiert. Ausserdem bringt sie die durch eine Konvention getragene Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut in St. Gallen ein, das die religiöse Landschaft der Schweiz seit Jahren aufmerksam beobachtet, dokumentiert und erforscht.

Aus dem ehemaligen Institut für Missiologie und Religionswissenschaft der Fakultät ging das heutige Institut für das Studium der Religionen und den Interreligiösen Dialog (IRD) hervor, das den interreligiösen Dialog in der Lehre, in Publikationen und Tagungen fördert. In der Theologischen Fakultät als ganzer besteht eine lange Tradition von Forschung und Lehre im Bereich des christlich-muslimischen Dialogs. Folgende Elemente geben davon Zeugnis: Lehraufträge zum christlich-muslimischen Dialog; das jährliche Religionsforum, das bereits im Jahr 2005 dem Thema „Islam in Europa“ gewidmet war; Doktorat und Habilitation eines Islamexperten (Professor an der Università Gregoriana, Rom); das Ehrendoktorat für eine Islamwissenschaftlerin (Professorin an der Otto-Friedrich Universität, Bamberg); eine Sommeruniversität in Istanbul im Jahr 2013, die in Zusammenarbeit mit muslimischen Partnern im Rahmen des Doktoratsprogramms „De Civitate Hominis. Theologie im post-ökumenischen Zeitalter“ veranstaltet wurde. Der Kompetenzbereich „Theologie in dominikanischer Tradition“ umfasst das Erbe einer Kultur intellektueller Auseinandersetzung mit dem Islam seit dem Mittelalter und unterhält regelmäßige Kontakte mit spezialisierten dominikanischen Zentren wie mit dem *Institut dominicain d'études orientales* (IDEO) in Kairo, mit dem Dominikanerkonvent in Istanbul und mit der *Ecole biblique et archéologique française* in Jerusalem.

Diese Initiativen und Ausrichtungen haben das Profil der Theologischen Fakultät in Freiburg bislang keineswegs geschwächt und ihre kirchliche Anerkennung nicht infrage gestellt. Im Gegenteil: Das seit 1964 bestehende Institut für Ökumenische Studien und das Institut für das Studium der Religionen und den interreligiösen Dialog tragen in weitem Umfang zum guten Ruf und zur Attraktivität der Fakultät bei. Für die Studierenden, einschliesslich derer, die sich auf einen priesterlichen oder einen anderen pastoralen Dienst vorbereiten, liegt darin einer der Beweggründe, weshalb sie die Universität Freiburg wählen. Sie finden hier eine weltoffene Katholizität, die zu einem anerkannten Diplom führt und auf einen kompetenten Dialog innerhalb einer pluralen Gesellschaft vorbereitet.

Daher betrachtet die Theologische Fakultät das Zentrum Islam und Gesellschaft nicht als Bedrohung für ihren katholischen Charakter, sondern als eine sinnvolle und gesellschaftlich dringliche Verwirklichung ihres Auftrags als staatlich und kirchlich anerkannte Fakultät. Sie wird ihren Einsatz für die theologische Ausbildung in allen klassischen Bereichen der Theologie in keiner Weise einschränken. Zugleich wird sie gestärkt werden durch neue Kapazitäten in Lehre und Forschung durch den Koordinator des Zentrums, der ein habilitierter katholischer

Theologie wird. Auf diese Weise wird es möglich sein, für mehrere Studienbereiche neue Module und Spezialisierungen zu schaffen, insbesondere auf Master-Ebene. Auch auf der Ebene der Forschung verstärkt sich das Potential, zum Beispiel im Bereich der interreligiösen Ethik. Die Theologische Fakultät wird bei katholischen Studierenden an Bedeutung und Attraktivität gewinnen. Sie wird auch ihre interdisziplinären Kompetenzen und ihre interfakultäre Verankerung in der Universität stärken, da im Rahmen der Aktivitäten des Zentrums eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Religionsrecht der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sowie mit anderen Einrichtungen der Universität Freiburg und anderer Schweizer Universitäten vorgesehen ist.

Auf der Grundlage der Entscheidungen des II. Vatikanischen Konzils liegt für die Theologische Fakultät gerade in ihrer Bekenntnisgebundenheit die Aufgabe, durch ihre wissenschaftliche Arbeit einer Kultur den Weg zu bereiten, „die imstande ist, andere menschliche und religiöse Kulturen aufblühen zu lassen und in eine Zivilisation der Liebe zu verwandeln“ (Historisch-Theologische Kommission des Vatikan für das Jahr 2000). Diese Anforderung schließt die Bereitschaft und die Fähigkeit ein, Muslime ebenfalls in ihrem religiösen Bekenntnis ernst zu nehmen und sie vorurteilslos in die akademische Arbeit zu integrieren.

4. Die besonderen Kompetenzen der Universität Freiburg im Religionsrecht gehören zu den Gründen, die eine Errichtung des Schweizer Zentrums für Islam und Gesellschaft in Freiburg in seiner interdisziplinären Konzeption rechtfertigen. Die Weiterbildungskurse des Instituts für Religionsrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät richten sich an Personen mit einer abgeschlossenen juristischen Ausbildung. Die Zielgruppe, die durch das Zentrum anvisiert wird, kann diese Voraussetzung nicht erfüllen. Im Rahmen des Zentrums geht es vielmehr darum, die religionsrechtlichen Kompetenzen, die in Freiburg vorhanden sind, für Nichtjuristen (Muslime und Nicht-Muslime) in der Schweiz nutzbar zu machen.

Wie bei den übrigen bereits bestehenden Ressourcen geht es darum, diese für die Programme und die Forschungstätigkeiten des Zentrums einzusetzen, die nicht ganz neu sein werden, sondern vielmehr auf bereits bestehenden Kompetenzen aufbauen.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen meint der Staatsrat: Da den Universitäten in der Regel vorgeworfen wird, dass sie sich nicht für gesellschaftlich relevante Themen einsetzen, wäre es verfehlt, die Universität Freiburg daran zu hindern, eine Entwicklung zu realisieren, die darauf zielt, auf eine bedeutsame Herausforderung für unsere pluralen modernen Demokratien zu antworten. Der Staatsrat ist überzeugt, dass das Schweizer Zentrum Islam und Gesellschaft eine bessere Integration der Muslime in der Schweiz möglich machen wird im Hinblick auf die Verhütung interreligiöser Spannungen, die unvermeidlich werden könnten, wenn die muslimischen Gemeinschaften sich in der Isolation verschließen würden. Das Zentrum sollte diesen Gemeinschaften ermöglichen, sich im akademischen Rahmen sowohl bezüglich ihrer religiösen Überzeugung als auch in ihrem Wunsch nach Integration in die Schweizer Gesellschaft zu artikulieren. Unter Achtung der in der Bundesverfassung verankerten Glaubensfreiheit wird es für sich für die Toleranz und Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften unseres Landes einsetzen und gleichzeitig die nötigen Erläuterungen zu unserem gesetzlichen Rahmen geben. Nicht zuletzt wird das Zentrum zur Profilierung der Universität Freiburg und zur Attraktivität ihrer Theologischen Fakultät beitragen.

Als Schlussfolgerung schlägt der Staatsrat Ihnen vor, das Mandat zurückzuweisen.

11. Juni 2014